

... und Dritte Welt

Ganz wichtig ist es aber nun, daß auch die Kirchen und Christen der „Dritten Welt“ für dieses Vorhaben gewonnen werden. Um dies zu erreichen, muß ganz klar herausgestellt werden, daß zwar von der Gefahr des atomaren Holocausts vor allem die Menschen der nördlichen Halbkugel bedroht sind, daß aber viele Menschen der südlichen Halbkugel hungern und zum Teil verhungern und daß schließlich der Nord-Süd-Konflikt ganz eng mit dem Ost-West-Konflikt verbunden ist und gerade die Christen sich in Solidarität der Not der anderen annehmen müssen.

Als die dritte die Menschheit in ihrer Existenz bedrohende Gefahr muß die ökologische Krise mit einbezogen werden, die beide Hälften der Erde gemeinsam herausfordert. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver war deshalb gut beraten, die Bewahrung der Schöpfung als drittes Thema vorzusehen.

Ein konziliarer Prozeß

Ganz entscheidend für das Gelingen dieser ökumenischen Versammlung ist das, was man den „konziliaren Prozeß“ genannt hat: daß nicht eine Versammlung von kirchlichen Amtsträgern und Delegierten einen theoretischen Beschluß faßt, sondern daß diese Versammlung von unten her vorbereitet wird und daß die inhaltlichen Aussagen diskutiert werden. Es darf keine kirchliche Gemeinde geben, die sich nicht in diesen konziliaren Prozeß mit einschließt.

Worauf es ankommt, sind die möglichst intensive Verklammerung dieses konziliaren Prozesses von unten und die unbedingt notwendigen Bemühungen der amtlichen Kirchen „von oben“. Beides ist notwendig, das eine ist ohne das andere nicht zu denken und zu verwirklichen.

Es wird nicht leicht sein, am Ende dieses konziliaren Prozesses Entscheidungen zu treffen, die sowohl die Radikalität der prophetischen Traditionen des Alten und Neuen Testaments im Blick auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ganz ernst nehmen wie auch die heutige Wirklichkeit und ihre konkreten politischen Möglichkeiten möglichst exakt treffen.

Praxis

Josef Sayer

Christliche Zivilcourage – eine Gemeindetugend

Was können wir Mitteleuropäer von den Lateinamerikanern in bezug auf christliche Zivilcourage lernen? Am deutlichsten wohl das, sich ähnlich wie die hier beschriebene peruanische Basisgemeinde in Gemeinschaft für bestimmte Anliegen einzusetzen. red

1. Vorbemerkung

Anfragen an die „jungen“ Kirchen sind hoffnungsvolle Zeichen, daß sich die Kommunikationsstruktur der Kirche aufgrund des direkteren und regelmäßigen Austausches der Gemeinden untereinander auszubalancieren beginnt. Der Austausch über Glaubenverstehen, Glaubenlernen und Glaubenleben kann einmünden in eine wechselseitige Bereicherung und in ein Bestärken in der Treue zum Wort Gottes und zur Gemeinschaft der Kirche. Daraus kann eine wichtige Hilfestellung werden in Situationen der Kleingläubigkeit und Verzagttheit, der Mutlosigkeit und des Resignierens. Der Imperativ „du aber stärke deine Brüder“ schließt die Dimension eines Gemeindedienstes mit ein: Gemeinden, die um ihre Interdependenz im Glauben wissen, können sich auch wechselseitig in ihrem Glauben bestärken (vgl. LG 13).

2. Zivilcourage – eine Tugend einzelner?

Während meiner Schulzeit brachte eines Tages ein Lehrer einen Auszug aus einer Rede von Kennedy in den Unterricht mit, in der von den Bürgern Zivilcourage gefordert wurde. Ausgefeilte Sätze, die dem einzelnen Mut machen sollten, nicht in der trägen, breiten Masse zu verharren, sondern sich persönlich zu engagieren. Wir Schüler verstanden dies damals als Appell an jeden einzelnen von uns. Wir sahen die übergreifenden Zusammenhänge der Bürgerrechtsbewegung in den USA nicht. Zivilcourage als

individualistische Forderung – wird sie nicht weitgehend auch heute noch in diesem Sinne verstanden?

Während der Jahre der Pastoralarbeit in den Anden Perus lernte ich eine andere Perspektive wahrzunehmen. *Christliche* Zivilcourage ist nicht zuvörderst eine Tugend des einzelnen. Wenn christlicher Glaube zutiefst gemeindlicher und kirchlicher Glaube ist, dann ist christliche Zivilcourage auch eine *Gemeindetugend*. Mag Zivilcourage als Tugend vom einzelnen gefordert werden, als *christliche* Tugend entfaltet sie sich *in der Gemeinde und in der Kirche*. Diese grundlegende Sicht, vielfältig erprobt in der Glaubenspraxis der christlichen Comunidades Lateinamerikas, soll im folgenden Fallbeispiel vorgestellt werden.

3. Eine Gemeinde setzt sich zur Wehr

Im April vergangenen Jahres war für unsere Gemeinde das Maß voll. Etwa 3000 Campesinos machten sich zu Fuß auf den Weg in das 50 km entfernte Cuzco. Männer, Frauen, stillende Mütter mit ihren Säuglingen im Tragetuch auf dem Rücken, Jugendliche und Schüler. Eine Reihe von alten Frauen und Männern begleiteten uns wenigstens ein Stück weit. „*Marcha de sacrificio*“, Opfergang, nennen wir ein solches Handeln der Gemeinde. Daher war es auch selbstverständlich, daß vor dem Aufbruch eine Messe gefeiert wurde, um den Segen Gottes zu erbitten, sich dem Schutz der Jungfrau Maria und der Heiligen anzuempfehlen und um für ein gutes Gelingen der „*marcha de sacrificio*“ zu beten.

Um der geforderten Kürze willen werden hier nur die Zielvorstellungen für die „*marcha de sacrificio*“ genannt; die prekären Lebensumstände der Kleinbauern und Landarbeiter lassen sich daraus erschließen.

– *Schenkung der Zinsschuld für die Elektrifizierung der Gemeinde*. Wohl aufgrund der galoppierenden Inflation war die Schuld für die Elektrifizierung der Gemeinde innerhalb von etwa drei Jahren von 221 Millionen Soles auf 1,325 Milliarden gestiegen. Für die Campesinos war diese Entwicklung nicht zu durchschauen, sie hatten bisher das Wort „*Milliarde*“ nicht einmal gekannt. Man hatte die Verträge im Vertrauen unterschrieben,

die 221 Millionen aufbringen zu können. Nun sahen sich die Leute völlig außerstande, wenigstens mit den ständig wachsenden Zinsen Schritt halten zu können. Andererseits waren die Preise für ihre landwirtschaftlichen Produkte nicht annähernd im Verhältnis zur Inflation gestiegen und deckten z. B. bei Kartoffeln und Gerste nicht einmal die realen Produktionskosten. Es gab auch sonst noch eine Menge von Ungereimtheiten: Während normalerweise für Gelder von der internationalen Entwicklungsbank eine gewisse Zeit der Rückzahlungsfreiheit gewährt wird, mußten wir unmittelbar mit den Zahlungen beginnen – wer profitierte davon? Alleinstehende Mütter, die ihre Kinder kaum durchbrachten und keinen Stromanschluß hatten, weil ihnen das Geld für den Zähler-Ankauf fehlte, sollten für die Elektrifizierung zahlen. – Einer Chemiefabrik, die Sprengstoff herstellt, hatte die Regierung eine sehr hohe Stromschuld erlassen; konnten wir da nicht wenigstens um Erlassung der Zinsschuld bitten?

– Das *Gesundheitsministerium* stellte für unseren Distrikt mit ca. 13.000 Einwohnern lediglich *einen Krankenpfleger* zur Verfügung. Daher wurde das von der Verfassung garantierte Recht einer zureichenden Krankenversorgung eingefordert: einen Arzt, eine Krankenschwester und eine angemessene Ausstattung des Gesundheitspostens.

– Das *Erziehungsministerium* kam seinen Verpflichtungen nicht nach, obwohl die Gemeinde ihre vom Ministerium geforderte Eigenbeteiligung als Vorleistung längst erfüllt hatte. Außerdem war eine höhere Geldsumme für den Erweiterungsbau der Sekundarschule in der zuständigen Behörde kurz vor der Auszahlung plötzlich auf ungeklärte Weise verschwunden. – Eine weitere Forderung bestand in der Hilfe für die Primarschule eines Dorfes: Erst- bis Viertkläßler haben täglich einen dreieinhalbstündigen Schulweg zu Fuß zurückzulegen; der Unterricht dauert bis in den Nachmittag, und die Kinder erhalten kein Mittagessen. Die mehr als vierjährigen Bemühungen des Dorfes um die Innenausstattung des von ihm in unbezahlter Gemeinschaftsarbeit und aus Eigenmitteln erstellten Rohbaues der Schule wurden bis-

her von den Behörden mit leeren Versprechungen abgetan.

– Die Campesinos forderten die Errichtung einer „*Mikroregion*“, wie sie von der Regierung für ländliche Gebiete mit besonderen Schwierigkeiten vorgesehen ist. Durch die Verbindung lokaler Anstrengungen mit jenen der Regierung soll die kritische Situation überwunden werden. Die Campesinos versprachen sich hiervon vor allem die Sicherung der Produktion und die Durchführung eines Bewässerungsprojektes.

– Eine weitere Forderung war die Anbindung an die geteerte Touristenstraße um Cuzco, um die *Transportmöglichkeiten* und den Zugang zum Markt zu verbessern.

Die Vorbereitung der „marcha de sacrificio“

Dem Entschluß zum „Opfergang“ waren über Jahre hin viele Fahrten der Ortsautoritäten und von Gemeindeversammlungen gewählter Kommissionen zu den verschiedenen Behörden in die Departementshauptstadt Cuzco vorausgegangen. Mit der „marcha de sacrificio“ sollten der Regierung die Nöte der Gemeinde demonstriert werden.

Der Beschluß zum „Opfergang“ wurde in einer Vollversammlung aller Gemeindemitglieder gefaßt. Gemäß der alperuanischen Andenkultur kann hier jeder seine Meinung vorbringen, und im Unterschied zu „westlichen“ Demokratien reden bei solchen Versammlungen nicht nur einige wenige Wortführer, sondern die Campesinos nehmen sich für ihre wichtigen Gemeindecliegen Zeit. Den Abstimmungen gehen zumeist langwierige Prozesse der Konsensbildung voraus, an der sich alle in einem allgemeinen „Palaver“ beteiligen.

Nach der Entscheidung entfalteten sich während der ca. zweimonatigen Vorbereitungszeit des „Opferganges“ vielerlei Aktivitäten. In den verschiedenen Gruppen und Organisationen war die „marcha de sacrificio“ das zentrale Thema: so bei den lokalen Autoritäten, der Bauerngewerkschaft, der Gewerkschaft der Salzminenarbeiter, der Lehrer, der Schüler und Studentenvereinigung, den Mütter- und Jugendclubs, den christlichen Gemeindeanimatoren, den Gesundheitspromotoren der Pfarrei, dem Pfarrgemeinderat.

In der Bildungsarbeit der Pfarrei bis hin zu den Predigtgesprächen wurden der Sinn und die Bedeutung des „Opferganges“, die Probleme und Lösungsversuche analysiert und erwogen. Das zentrale Thema waren die Verteidigung eines menschenwürdigen Lebens und die Sicherung des Überlebens. Die Vorbereitungen seitens der Kirchengemeinde ließen sich – lateinamerikanischer Kirchenpraxis gemäß – vom Lichte des Wortes Gottes und den Verlautbarungen der Bischofskonferenzen leiten. Sowohl die Evangelisierung als auch das Bewußtsein, der Verwirklichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse verpflichtet zu sein, erlangten eine besondere Vertiefung, da wir ja nicht nur im Verbalen verblieben, sondern ganz konkrete Schritte und Aktionen vorbereiteten, die dann im gemeindlichen „Opfergang“ eine weitere Stufe der Umsetzung der christlichen Glaubenspraxis erlangten.

Um besser ermessen zu können, was alles an Vorbereitungen nötig war, werden an dieser Stelle einige Punkte aus dem Verlauf des Opferganges vorweggenommen: Wie bereits erwähnt, demonstrierten schließlich etwa 3000 Campesinos drei Tage lang auf den Straßen des von unserer Gemeinde 50 km entfernten Cuzco. Das bedeutete, einschließlich des Fußmarsches nach Cuzco vier Tage auf der Straße leben zu müssen (gut ein Drittel der Teilnehmer waren Frauen, zum Teil mit Kleinkindern) . . . Da man von zu Hause mehrere Tage weg sein würde, mußte die Versorgung des Viehs sichergestellt werden. Gegen mögliche Diebe (unser „Opfergang“ wurde über Radio angekündigt) wurde ein Wachdienst im Dorf eingerichtet. Da ein solcher „Opfergang“ kein Vergnügen ist, wurde von einer Vollversammlung der Gemeinde die verpflichtende Teilnahme mindestens eines Erwachsenen aus jeder Familie festgelegt. Für jene, die trotzdem nicht mitmachen würden, wurden Strafen vereinbart: Entweder die Unterbrechung der Wasserversorgung für eine gewisse Zeit, d. h., die Betroffenen müßten ihr Trinkwasser wie früher im Eimer an der Quelle holen, oder die Bezahlung eines monatlichen Mindestlohnes als Bußgeld. Alte und Kranke wurden entschuldigt. Anderweitig Verhinderte konnten

ihre Gründe für ihre Nichtteilnahme vorbringen. Über jeden einzelnen Fall wurde diskutiert und abgestimmt.

Gewaltfreiheit

Als oberster Grundsatz wurde festgelegt und es wurden alle darauf verpflichtet, daß unser „Opfergang“ absolut gewaltfrei verlaufen müsse. Ein Ordnungsdienst hatte zusammen mit den Autoritäten und den Leitungsgremien der einzelnen Organisationen darauf zu achten, daß sich niemand von außen provozieren ließ.

Unsere Entscheidung war also klar. Wie aber würden sich die staatlichen Autoritäten verhalten? Wie die Polizei? Würden sie, wie in anderen Fällen, „hart durchgreifen“ mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Tränengas oder gar Schußwaffen? Würden sie die Mütter mit ihren Kleinkindern respektieren? – Christliche Zivilcourage als Gemeindetugend schließt auch ein Risiko für die Gemeinde mit ein.

Der „Opfergang“ in Cuzco

Die Strapazen waren groß, aber unser „Opfergang“ verlief gut. In Cuzco konnten wir auf Gängen und in Räumen schlafen, die befreundete Organisationen zur Verfügung stellten. Die Verhandlungen mit den Behörden unter Beteiligung der Repräsentanten aller Gruppen und Organisationen der Gemeinde zeitigten schließlich ihre Früchte: Vertreter des Gesundheits-, Erziehungs-, Landwirtschafts- und Transportministeriums unterschrieben nach und nach Verpflichtungen zu unseren Gunsten. Die Sprechchöre vor den Ministerien während der Verhandlungen und das Blockieren des Straßenverkehrs halfen mit. Als schließlich auch der Vertreter Elektroperus uns zusicherte, wir bräuchten nur den Stromverbrauch, nicht aber die Schuldentilgung zu bezahlen, bis die Verhandlungen mit der staatlichen Bank für Wohnungsbau um die Zinsschulden abgeschlossen seien, und sich als Vermittler anbot, brachen wir den „Opfergang“ erleichtert ab.

Konfliktfall

Während unseres Demonstrierens und Verhandeln in Cuzco diffamierten zwei Familien, die aus unserer Gemeinde stammen, aber

in Cuzco wohnen, unseren „Opfergang“. Sie unterstellten uns parteipolitische Interessen und bezeichneten Dorfautoritäten als Terroristen. In einer der auswertenden Versammlungen, die wir nach jedem Demonstrationstag durchführten, wurden die beiden Familienväter zur „persona non grata“ erklärt. Außerdem beschloß man einstimmig, einem der beiden die Nutzung eines Gemeindefeldes zu entziehen, das dieser vor Jahren als Bürgermeister widerrechtlich seiner Frau verpachtet hatte. Bis zur Stunde hatte sie keinerlei Pachtzins bezahlt. Eine Anklage beim Staatsanwalt ruhte unbearbeitet seit über einem Jahr, und die Versuche, das Feld anderen zu verpachten, scheiterten an den Drohungen gegen Leib und Leben seitens des Exbürgermeisters. Nach der Rückkehr sollte das Feld zugunsten der Sekundarschule in einer Gemeinschaftsaktion geerntet werden.

Durchführung der Sanktionen

In einer Vollversammlung am Tag nach der Rückkehr wurden den Zuhausegebliebenen die Ergebnisse des „Opferganges“ bekanntgegeben, die Sanktionen und der Beschluß gegen die beiden Familien approbiert und von jedem einzelnen mit seiner Unterschrift im Gemeindebuch bestätigt. Danach wurden die Sanktionen als Gemeindeaktion, d. h. unter Beteiligung aller, geordnet und in Begleitung von Musik vollzogen.

Nachspiel vor Gericht

Als fünf der Lokalautoritäten vom Exbürgermeister vor Gericht verklagt und ins Gefängnis abtransportiert wurden, war der Einsatz der ganzen Gemeinde erneut herausgefordert: Annähernd tausend Campesinos demonstrierten trotz großen Polizeiaufgebotes vor dem Gericht; und mit Hilfe von vier Anwälten, für deren Bezahlung jeder Bewohner seine Geldquote bereitgestellt hatte, gelang es, die Entlassung der fünf Gemeindeautoritäten aus dem Gefängnis zu erreichen.

4. Christliche Zivilcourage – eine Gemeindetugend!

Das Fallbeispiel kann im Rahmen eines Erfahrungsberichtes nicht im einzelnen analysiert werden (dies geschieht an anderer Stel-

le). Es werden lediglich einige zentrale Schlüsse festgehalten. Was christliche Zivilcourage als Gemeindetugend, ja, was Tugenden unter der Perspektive der Gemeinde bedeuten, müßte erarbeitet werden für die christliche Glaubenspraxis.

– Eines der Schlüsselthemen der lateinamerikanischen Kirche ist der „Gott des Lebens“; der gegenwärtig lebensbedrohende und lebensvernichtende Prozeß der Massenverelendung führt den Christen vor Augen, daß sie nur in der Gemeinschaft und in der Gemeinde menschenwürdig leben und überleben können. Daher förderten die Gesamtlateinamerikanischen Bischofskonferenzen von Medellín und Puebla die Bildung von christlichen Comunidades und kirchlichen Basisgemeinden.

– Ein zentrales Element der altperuanischen Andenkultur, das bis heute in den Campesinogemeinden fortbesteht und teilweise auch in den Elendsvierteln der Städte von den Zuwanderern aus den ländlichen Gebieten aufgebaut wird, ist eine festumrissene Gemeindestruktur, in die der einzelne eingebunden ist. Sie vermag das Leben und Überleben zu sichern. Der einzelne ist verpflichtet, Gemeinchaftsinteressen wahrzunehmen, z. B. unentgeltliche Gemeinschaftsarbeit zum Wohle aller. Hierüber wacht die Gemeinde und verhängt in den Versammlungen aller notfalls Sanktionen gegen Zuwiderhandelde.

– Es lassen sich Gleichklänge zwischen der traditionellen Kultur der Campesinos und dem christlichen Glauben aufzeigen. Evangelisierung im Sinne von Evangelii nuntian-di Pauls VI. bedeutet hier, eine Verbindung der Elemente zu fördern.

– Christliche Comunidad ist dem biblischen Gott, der das Leben seines Volkes beschützt und begleitet und der sein Reich heraufführen will, verpflichtet. Wo das Leben des einzelnen und der Gemeinde gefährdet bzw. nicht respektiert wird, fordert die Gemeinde dieses Recht auf ein menschenwürdiges Leben ein und verteidigt es: Sie versteht dies als Dienst dem „Vätergott“, dem „Gott seines Volkes“ gegenüber und als Bekenntnis zu diesem.

– Da die gegenwärtige Situation zu komplex ist, mag Zivilcourage als Tugend von einzel-

nen gefordert sein; sie reicht aber nicht aus. Entsprechend unseren Erfahrungen ist nicht einmal die Zivilcourage der gewählten Repräsentanten hinreichend. Gefordert ist vielmehr die *christliche Zivilcourage der Gemeinde* als solcher, der Kirche: Die Gemeinde, die Kirche ist aufgerufen, ihre fundamentalen Lebensinteressen und diejenigen ihrer einzelnen Mitglieder sowie der Menschen als solcher zu verteidigen. Angesichts des Elends kann sie die Dinge nicht einfach hinnehmen, wie sie sind. Sie und ihre einzelnen Mitglieder können sich auch nicht zufriedengeben mit dem Verweis auf die „Zuständigkeit“ dieser und jener Personen und Institutionen. Zuständig ist *sie*, sind *ihre* Mitglieder, da *sie* aufgerufen ist, im Lichte des Wortes Gottes und des kirchlichen Glaubens die Lebenssituationen zu deuten und zu gestalten.

– Die Gemeinde bekennt sich zum einzelnen; sie verteidigt sein Freisein von Lebensunsicherheit, ungerechter Behandlung, Not – seine Freiheit, die Gestaltungsmöglichkeit menschenwürdiger Verhältnisse für den einzelnen und damit die Freiheit der Gemeinde selbst. Dies schließt auch das Risiko mit ein: *christliche* Zivilcourage als Gemeindetugend heißt selbstverständlich auch, das Gemeinderisiko auf sich zu nehmen, sowohl im Interesse der einzelnen Mitglieder als auch der Gemeinschaft. Gegen ein individualistisches Mißverständnis der Freiheit des einzelnen steht die Freiheit der Gemeinde, in der erst die Freiheit des einzelnen Bestand haben kann.

– Da die Gemeinde sowohl das physische, psychische und kulturelle Überleben als auch das Glaubensleben sichert und dafür das erforderliche Risiko zu tragen hat, kann sie auch den einzelnen in die Pflicht nehmen. Das Bekenntnis zur Gemeinde, zur christlichen Gemeinde und Kirche, wird dem Beliebigkeitscharakter entzogen. Entscheidungen, die von allen Gemeindemitgliedern in einem Prozeß der Konsensbildung getroffen werden, müssen auch als Gemeindeaktion durchgetragen werden, selbst wenn dies notfalls das Auferlegen von Sanktionen und das Abgrenzen (vgl. oben: „zur persona non grata erklären“) erfordert. Es geht hier nicht um Extremforderungen, aber auch nicht um einen Minimalismus, sondern um Dinge, die in

Gemeinschaft verhandelt und festgelegt worden sind. Christliche Gemeinde bedeutet nicht dumpfe Beliebigkeit; ihr Zeugnischarakter verpflichtet sowohl sie als auch den einzelnen. Dies heißt möglicherweise auch, christliche Zivilcourage *im* Interesse der Gemeindemitglieder und dem einzelnen *gegenüber* zu praktizieren, selbst wenn sich einzelne im Rekurs an die staatliche Gewalt gegen die Gemeindebeschlüsse stellen. Dadurch wird offenbar, welchen Stellenwert die Gemeinde für den einzelnen hat. „Du bist weder kalt noch heiß. Wärest du doch eines von beiden. Da du aber lau bist, will ich dich aus meinem Mund ausspeien.“ Dieser Spruch über die Gemeinde von Laodicea (Offb 3, 15) steht auch vor unseren Gemeinden heute.

Monika Stocker-Meier

Frauen für den Frieden

Frauen leben Zivilcourage

„Frauen sind doch selbstverständlich für den Frieden; wozu braucht es eine eigene Bewegung?“ Ähnlich hätten auch die Gründer von „amnesty“ sagen können, daß die Menschenrechte ja erklärt sind; also werden sie wohl auch eingehalten. Tatsache ist aber, daß es solche Bewegungen braucht, ja daß die Arbeit in solchen Bewegungen und für solche Anliegen ein hohes Maß an Zivilcourage erfordert. red

Alle Menschen sind für den Frieden

Frieden sagen jene, die Hände schütteln, nachdem sie einen Waffenausführungsvertrag unterschrieben haben, der einem Drittweltland Raketen statt Brot, Schulden statt Saatgut bringen wird.

Frieden sagen jene, die vom Friedensfürsten predigen und Frauen verdammen, die nach einer Scheidung wieder heiraten möchten.

Frieden sagen jene, die die Fahne grüßen und dann den Heimatboden dem Bestbieten verkaufen.

Frieden ist in unserem Jahrhundert, das seine Geschichte in Vor-, Kriegs- und Nachkriegszeiten einteilt, ein geschundenes Wort.

Sich mit diesem Wort, dem Begriff einzulassen und sich mit seinem schillernden Inhalt auseinanderzusetzen, das ist heute, in einer Vorkriegszeit (?), eine Frage von Zivilcourage.

Eine junge Geschichte

1976 kehrte eine Frau aus der israelischen Wüste zurück. Sie hatte dort vulkanische Steine gefunden, die ihr meditativ die Botschaft zeigten: so könnte die Welt schon morgen aussehen, wenn . . . ja, wenn nicht immer wieder Menschen lautstark und vehement gegen den Rüstungswahnsinn, die Großtechnologie und ihre Risiken und das Imponiergehabe der Mächtigen aufstehen. Aline Boccoardo, so hieß die Frau, kehrte mit diesem Gedanken in die Schweiz zurück. Sie hatte den Zweiten Weltkrieg in Deutschland miterlebt, die Bombardierung von Leipzig, die Flucht, die Angst. Ihr war klar, daß sie nun einen Weg einschlagen muß, der mit diesem Wort Frieden beginnen muß.

Sie begann Frauen um sich zu versammeln; die kleine Gruppe diskutierte, begann sich zu informieren, eine Dokumentation anzulegen und wagte schließlich 1977 eine erste Ausstellung in Zürich: Fakten und Zahlen über den Rüstungswahnsinn einerseits und Fotos der Steine mit meditativem Begleittext bildeten die Grundlage. Wenn Ihr schweigt, so werden die Steine schreien . . . So ist denn die Geschichte der Gruppe Frauen für den Frieden erst gut zehn Jahre alt. Die Frauen für den Frieden sind heute zu einem wichtigen Faktor innerhalb der Friedensbewegung und der Frauenbewegung geworden. Regionale autonome Gruppen arbeiten in der ganzen Schweiz, in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, in den angelsächsischen Ländern, in der DDR, in den USA . . . Die kurze Geschichte ist die Geschichte von viel Engagement, viel Arbeit, viel Mut.

Warum denn Frauen für den Frieden?

Es wäre verführerisch zu glauben, daß Frauen von Natur aus besser, friedlicher seien. Wenn man die Reden gewisser konservativer Politiker durchleuchtet oder wenn man die Beschwörung gewisser kirchlicher Ver-